



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2012/2092(BUD)

25.9.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Haushaltsausschuss

über den Standpunkt des Rates zu dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013
(12749/2012 – C7-0233/2012 – 2012/2092(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Reinhard Bütikofer

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. glaubt, dass der Haushalt der EU auf diejenigen politischen Maßnahmen und Programme der EU konzentriert werden sollte, die einen substantiellen Beitrag zur Wiederbelebung nachhaltigen Wachstums in der EU leisten könnten und sich mit größeren gesellschaftlichen Herausforderungen befassen;
2. unterstreicht die Bedeutung langfristiger Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI) und der Sicherstellung eines geeigneten Finanzierungsniveaus im Jahr 2013 für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen, umweltfreundlichen Wirtschaft;
3. vertritt die Auffassung, dass es Maßnahmen zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf;
4. erinnert daran, dass der Haushaltsplan der Europäischen Union ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen Generation sowie zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist; ist davon überzeugt, dass der EU-Haushalt ein Synergiepotenzial für die Umsetzung einer Politik darstellt, die von den Mitgliedstaaten allein nicht durchgeführt werden könnte; fordert, dass bestehende EU-Mittel dadurch optimal eingesetzt werden, dass man sich auf EU-Mehrwert, auf einen stärkeren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie auf effektive Straffung und Hebelwirkungen konzentriert;
5. hat Verständnis für die Bedenken des Rates hinsichtlich wirtschaftlicher und haushaltsrechtlicher Probleme auf nationaler Ebene als Ergebnis der weltweiten Krise, die dem Wirtschaftswachstum und der Finanzstabilität der Mitgliedstaaten geschadet sowie ihre Verschuldungslage verschlimmert hat, glaubt aber, dass im Jahr 2013 Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität und zur Ankurbelung nachhaltigen Wachstums und nachhaltiger Beschäftigung ergriffen werden müssen, um einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung zu erreichen;
6. betont, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten dahingehend tätig werden müssen, dass durch die Entwicklung ökoeffizienter Industrien, einer ökologischen und effizienten Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie moderner und innovativer Dienstleistungen neue hochwertige und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden;
7. erinnert daran, dass der Jahreshaushaltsplan der Europäischen Union mit seiner Hebelwirkung die politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten für einen Wiederaufschwung unterstützen muss, und erkennt die Notwendigkeit an, die Finanzierung zu stärken und abzustimmen, um die Strategie „Europa 2020“ für Wachstum und Beschäftigung umzusetzen und an sie angepasst zu werden; ist weiterhin der Auffassung, dass die Obergrenzen der Rubrik 1a für den derzeitigen Finanzrahmen nicht ausreichen, um die vorrangigen Politikbereiche der EU abzudecken; begrüßt den vorgeschlagenen Anstieg der Ausgaben für nachhaltiges Wachstum, insbesondere das Siebte Forschungsrahmenprogramm und das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit

und Innovation (CIP); betont, dass der Umsetzung der Haushaltsprioritäten des Parlaments der vergangenen Jahre in den Bereichen Industriepolitik, Forschung und Energie besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss;

8. glaubt insofern, dass man den Schwerpunkt stärker auf Realisierungsprojekte innerhalb der Finanzierung von Forschung und Innovation legen sollte, um die Lücke zwischen Forschungsergebnissen und Kommerzialisierung zu schließen, wodurch die europäische Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werden könnte;
9. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass für die Erforschung und Entwicklung von GNSS-spezifischen Anwendungen und Dienstleistungen im Jahr 2013 Mittel in angemessener Höhe bereitgestellt werden;
10. betont die zentrale Rolle, die künftige EU-Leitprogramme, wie etwa Horizont 2020, COSME und die Fazilität „Connecting Europe“, für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung der EU spielen können, wenn sie mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden; meint, dass der Haushaltsplan 2013 für einen sanften Übergang zur Einrichtung dieser neuen Programme sorgen sollte; fordert, substantielle Ressourcen in Synergie mit der Kohäsionspolitik zu mobilisieren, um der Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft als einem entscheidenden Motor für künftige Wettbewerbsfähigkeit, industrielle Entwicklung und Widerstandsfähigkeit neue Impulse zu geben;
11. hebt die Bedeutung von politischen Unterstützungsmaßnahmen der EU für Medienpluralismus hervor, insbesondere über Tätigkeiten in den Bereichen Forschung, Bildung und Verbreitung; betont die wertvolle Rolle, die das neu eingerichtete Zentrum für Medienpluralismus und -freiheit spielen kann;
12. macht auf die Tatsache aufmerksam, dass 85 % der neuen Arbeitsplätze in der EU zwischen 2002 und 2010 von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)¹ geschaffen wurden; fordert verstärkte politische Unterstützungsmaßnahmen, Programme und Ressourcen der EU, die bereitgestellt werden sollten, um KMU dabei zu unterstützen, in vollem Umfang ihr Wachstumspotenzial auszuschöpfen, d. h. dadurch, dass KMU die Teilnahme am öffentlichen Auftragswesen erleichtert, für Investitionen in Innovation gesorgt, Neugründungen unterstützt, ein Beitrag zum Abbau von Verwaltungslasten geleistet, unternehmerisches Denken gestärkt sowie der Zugang zu Finanzmitteln, einschließlich des Zugangs zu Risikokapital, erleichtert und vereinfacht wird; begrüßt die verstärkte Zuteilung für das Programm für unternehmerische Initiative und Innovation, das die Innovation in KMU unterstützt; bedauert allerdings, dass in dem Kommissionsvorschlag keine vollständige Umsetzung des Programms „Intelligente Energie – Europa“ vorgesehen ist;
13. erinnert die Kommission daran, dass die stärkere Fokussierung und Finanzierung derjenigen Programme nötig ist, durch die die Ziele des „Small Business Act“ erreicht werden sollen, in dem ein Paket von 10 Grundsätzen festgelegt wurde, um ein für KMU

¹ Mitteilung der Kommission vom 25. Juni 2008 an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Vorfahrt für KMU in Europa – Der ‚Small Business Act‘ für Europa“, COM(2008)0394).

günstigeres Geschäftsumfeld sicherzustellen;

14. beglückwünscht die Kommission zum Erfolg der „Preparatory Action Erasmus for Young Entrepreneurs“ und begrüßt die Entscheidung, das Programm in das CIP zu integrieren; bedauert aber, dass eine Ausweitung des Programms durch die geringe finanzielle Dotierung behindert wird und interessierte und qualifizierte Partner deswegen zurückgewiesen werden; fordert die Kommission daher auf, die Finanzmittel für ein ausreichendes Wachstum des Programms in 2012 und 2013 bereitzustellen;
15. ist sich darüber im Klaren, dass verhindert werden muss, dass KMU ihre Investitionen kürzen, insbesondere in Forschung und Entwicklung; glaubt, dass eine Stärkung der Unterstützung von KMU und Infrastruktur durch die Europäische Investitionsbank (EIB) eine Hauptpriorität sein sollte und dass deshalb diese finanziellen Unterstützungsleistungen möglichst weit gehend von KMU in Anspruch genommen werden müssen;
16. unterstützt uneingeschränkt das Pilotprojekt „Projektanleiheninitiative“, durch das private Ersparnisse mobilisiert werden sollen und die Bandbreite von Finanzinstrumenten, die für Infrastrukturprojekte in Energie, Verkehr und IKT zur Verfügung stehen, verbessert werden soll; betont, dass die Nachhaltigkeitskriterien der EIB in angemessener Weise gleichberechtigt mit den Finanzkriterien eingesetzt werden müssen;
17. fordert die Schaffung konkreter Finanzinstrumente zur Unterstützung der Initiativen des Europäischen Investitionsfonds (EIF) zum Aufbau einer europäischen Finanzierungsinfrastruktur für soziales Unternehmertum, um diesen Bereich als einen Wirtschaftssektor in Europa zu etablieren, der anderen Wirtschaftssektoren gleichwertig ist;
18. erinnert daran, dass etwa 1 Billion¹ EUR in unser Energiesystem bis 2020 investiert werden muss, um die politischen Ziele der Union in den Bereichen Energie und Klima zu erreichen, und dass es eine Finanzierungslücke von etwa 100 Milliarden EUR für Energieübertragungsnetze gibt;
19. bedauert die Tatsache, dass Initiativen, die auf die Stärkung der gemeinsamen Kernziele der EU abzielen, nicht ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet werden und dass der SET-Plan immer noch keine ausreichenden Mittel erhalten hat, obwohl das Parlament dies ständig fordert;
20. vertritt die Auffassung, dass die EU Investitionen tätigen muss, um den europäischen Zugang zum Weltraum und zu Weltrauminfrastrukturen zu gewährleisten;
21. erinnert daran, dass 2013 das letzte Jahr des laufenden Programmplanungszeitraums sein wird, und hat Bedenken gegen mögliche Kürzungen bei der Höhe der Zahlungsermächtigungen; betont, dass die Zusagen der EU zu laufenden Projekten unbedingt eingehalten werden müssen, und unterstützt die vorgeschlagene Erhöhung der Ansätze bei den Zahlungen, die die Kommission in ihrem Haushaltsentwurf vorgelegt hat;

¹ Energieinfrastrukturprioritäten bis 2020 und danach – ein Konzept für ein integriertes europäisches Energienetz, COM(2010) 0677 endg.

22. begrüßt, dass eine Einigung über die Finanzierung der zusätzlichen Kosten von ITER im Dezember 2011 erreicht wurde, ist aber der Auffassung, dass die Bereitstellung des Betrags von 360 Millionen EUR im Haushaltsplan 2013 nicht die erfolgreiche Umsetzung anderer EU-Politiken infrage stellen sollte, insbesondere derjenigen, die zur Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 während dieses letzten Jahres des Programmplanungszeitraums beitragen, und lehnt speziell jede Umschichtung ab, die gegen diese Haushaltspriorität verstößt.

BEGRÜNDUNG

Einleitung

Die Prioritäten des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE-Ausschuss) für den Haushaltsentwurf der Union 2013 wurden in seiner Stellungnahme vom 31. Mai 2012 zum Mandat für den Trilog über den Entwurf des Haushaltsplans 2013 zum Ausdruck gebracht, und das Ergebnis der Abstimmung wurde im Anhang zur Begründung veröffentlicht. Die Änderungsanträge zu den vom Rat geänderten Haushaltslinien wurden am 3. September 2012 im ITRE-Ausschuss angenommen.

Der ITRE-Ausschuss äußert seine feste Überzeugung, dass der Haushalt der EU vorrangig auf diejenigen politischen Maßnahmen und Programme der EU konzentriert werden sollte, die einen substantiellen Beitrag zur Wiederbelebung nachhaltigen Wachstums in der EU leisten könnten und sich mit größeren gesellschaftlichen Herausforderungen befassen;

Insbesondere will der ITRE-Ausschuss die folgenden Prioritäten im Haushaltsentwurf 2013 betonen:

- Langfristige Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI) und Investitionen für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen, umweltfreundlichen Wirtschaft.
- Die EU muss verstärkte politische Unterstützungsmaßnahmen für KMU, Programme und Ressourcen umsetzen, damit sie in vollem Umfang ihr Wachstumspotenzial auszuschöpfen können.
- Der Jahreshaushaltsplan der Europäischen Union muss mit seiner Hebelwirkung die politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten für einen Wiederaufschwung durch eine besser koordinierte Finanzierung unterstützen.
- Schließlich ist es wichtig, daran zu erinnern, dass 2013 das letzte Jahr des laufenden Programmplanungszeitraums ist, weswegen es von wesentlicher Bedeutung ist, dass die EU ihre Zusagen für laufende Projekte einhält. Bedauert die vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen und unterstützt die vorgeschlagene Erhöhung der Ansätze bei den Zahlungen, die die Kommission in ihrem Haushaltsentwurf vorgelegt hat

Begründung zu den einzelnen Titeln

Titel 01 – Wirtschaft und Finanzen

Die Kürzung durch den Rat um 30 000 000 EUR bei Zahlungsermächtigungen für das „Programm Unternehmertum und Innovation“ (Linie 01 04 04) im Rahmen des Programms Wettbewerbsfähigkeit und Innovation wird eine ernsthafte Gefährdung der Erreichung seiner Ziele bedeuten. Mit dem vom Rat vorgeschlagenen Haushaltsplan erwartet die Kommission die Ausschöpfung der Zahlungen bis Sommer 2013, was schwerwiegende rechtliche Auswirkungen für die Kommission und finanzielle Auswirkungen für die beteiligten KMU hätte. Der ITRE-Ausschuss schlägt deshalb vor, den Haushaltsentwurf wiedereinzusetzen.

Titel 02 – Unternehmen

Die vom Rat unter Titel 02 vorgeschlagenen Kürzungen untergraben die Verwirklichung der EU-2020-Strategie in mehreren wichtigen Bereichen im Zusammenhang mit der Unternehmens- und Industriepolitik, insbesondere das Programm Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (Linien 02 01 04 04, 02 01 04 30 und 02 02 01), das für die Unterstützung europäischer KMU von größter Bedeutung ist. Zusätzlich wird die Wiedereinsetzung des Haushaltsentwurfs bei der Weltraumforschung (Linien 02 02 15, 02 04 01 01, 02 04 01 03) und der Unterstützung der Agentur für das europäische GNSS (02 05 02 01) ebenfalls vorgeschlagen.

Titel 08 – Forschung

Titel 10 – Direkte Forschung

Der ITRE-Ausschuss fordert in seinen Änderungsanträgen die Wiedereinsetzung der Haushaltslinien unter den Titeln „Forschung“ und „Direkte Forschung“ für alle Bereiche, die sich mit wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen befassen. Der ITRE-Ausschuss unterstützt schon immer die vollständige Umsetzung des siebten Rahmenprogramms und glaubt, dass es im Jahr 2013 noch wichtiger ist, die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft durch Forschung und Innovation zu unterstützen. Deshalb sind die vom Rat im gesamten Rahmenprogramm vorgeschlagenen Kürzungen inakzeptabel und würden die Verwirklichung der Ziele der Strategie EU 2020 ernsthaft untergraben.

Titel 09 – Informationsgesellschaft und Medien

Der ITRE-Ausschuss beantragt die Wiederherstellung von Haushaltslinien, die in großem Umfang der Leitinitiative der Digitalen Agenda 2020 zugute kommen, insbesondere alle Linien, mit denen Forschungs- und Innovationstätigkeiten unterstützt werden.

Titel 32 – Energie

Der ITRE-Ausschuss ersucht darum, dass mehrere wesentliche Haushaltslinien unter Titel 32 im Haushaltsplanentwurf der Kommission wiedereingesetzt werden. Außerdem erkennt der ITRE-Ausschuss die Notwendigkeit an, der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER, Linie 32 04 10 01) einige zusätzliche Mittel zu gewähren um sicherzustellen, dass sie die notwendige Software für die Umsetzung der REMIT-Verordnung (Nr. 1227/2011) entwickeln kann. Die Entwicklungskosten für Software sind im Haushaltsentwurf 2013 nicht vorgesehen, und ohne zusätzliche Finanzmittel im Jahr 2013 kann die Frist für die Umsetzung von REMIT nicht eingehalten werden.

Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen

Der ITRE-Ausschuss hat alle Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen (PP&VM) geprüft und bewertet, die von den Mitgliedern vorgeschlagen wurden, und nahm vier neue PP&VM an, die politische Prioritäten des Ausschusses mittragen und eindeutig das Potenzial haben, sich zu künftigen EU-Aktivitäten und -Programmen zu entwickeln:

Vorbereitende Maßnahme *„Social Innovation Driven by Social Business and Young*

Entrepreneurship” (nach Linie 04 04 17) zur Ermittlung, Entwicklung, Förderung und Verbreitung bewährter Verfahren nationaler, regionaler und lokaler Regierungen und von Finanzmittlern bei der Unterstützung junger und sozialer Unternehmer in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit;

Pilotprojekt „*Demand response program for public institutional energy consumers for the grid balancing market*” (nach Linie 08 05 03) zur Darstellung innovativer Systeme für Hilfsdienste von der Art Bedarf/Reaktion für ein ausgeglichenes Energienetz unter Einsatz des Kapazitätsportfolios öffentlicher Gebäude;

Pilotprojekt „*Recovering critical raw materials through recycling: an opportunity for the EU and AU*” (nach Linie 08 06 02) zur Schaffung der Grundlage für eine solide Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika bei Forschung und Innovation im Bereich Recycling und Wiederverwertung von Rohstoffen;

Pilotprojekt „*Innovative finance model for renovating multi-family residential housing and properties in the Danube region*” (nach Linie 32 04 20) als anschauliches Beispiel dafür, wie eine Hebelwirkung für Investitionen des Privatsektors erreicht werden kann, um beträchtliche Beträge für Investitionen in den Markt für die kohlenstoffarme Ausrüstung von Mehrfamilienhäusern in ganz Europa mobilisiert werden können.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	24.9.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 39 -: 1 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Amelia Andersdotter, Josefa Andrés Barea, Jean-Pierre Audy, Ivo Belet, Reinhard Bütikofer, Maria Da Graça Carvalho, Giles Chichester, Pilar del Castillo Vera, Robert Goebbels, Jacky Hénin, Edit Herczog, Kent Johansson, Romana Jordan, Philippe Lamberts, Judith A. Merkies, Angelika Niebler, Jaroslav Paška, Vittorio Prodi, Jens Rohde, Paul Rübig, Amalia Sartori, Salvador Sedó i Alabart, Francisco Sosa Wagner, Evžen Tošenovský, Marita Ulvskog, Vladimir Urutchev, Kathleen Van Brempt
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Daniel Caspary, António Fernando Correia de Campos, Ioan Enciu, Vicente Miguel Garcés Ramón, Elisabetta Gardini, Françoise Grossetête, Andrzej Grzyb, Cristina Gutiérrez-Cortines, Roger Helmer, Jolanta Emilia Hibner, Eija-Riitta Korhola, Werner Langen, Pavel Poc, Vladimír Remek
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Jorgo Chatzimarkakis, Keith Taylor